

Helen Sharp, Ulrich Petschow

Transformation? Ja, aber gerecht!

Neue institutionelle Strukturen für eine Just Transition

Der Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen ist eine Frage der Gerechtigkeit. Mit Blick auf die Klimakrise hat der Weltklimarat IPCC jüngst die Dringlichkeit sofortigen Handelns betont. Und das Bundesverfassungsgericht hat unmissverständlich deutlich gemacht, dass die intergenerationelle Gerechtigkeit bedroht ist und Grundrechte in naher Zukunft eingeschränkt werden müssen, wenn nicht zeitnah und wirksam gehandelt wird. In seinem Klima-Urteil vom März 2021 unterstreicht das Gericht die Generationengerechtigkeit, die zusammen mit dem Prinzip globaler Verantwortung bereits im Pariser Klimaabkommen als zentrale Gerechtigkeitsdimension verankert wurde. Der Fokus auf die Klimakrise darf andere existenzielle Krisen wie die Biodiversitätskrise allerdings nicht ausblenden: Damit die planetaren Grenzen nicht überschritten werden, ist eine weitreichende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich.

Umweltpolitik ist längst systemisch mit sozialen Fragen verbunden. Aktuell führt dies häufig dazu, dass eher die Grenzen der bestehenden politischen Strukturen gesehen werden. Zentral ist jedoch die Frage, welche „Updates“ es braucht, um eine gerechte Transformation – eine **Just Transition** – zu gewährleisten, sowohl mit Blick auf Prozesse als auch Ergebnisse. Wir schlagen neue Strukturen für die notwendigen gesellschaftlichen Aushandlungen vor. Diese jetzt zu gestalten, ist die drängende Aufgabe politischer Entscheidungsträger/innen.

Empfehlungen

für Strukturen einer Just Transition

1. Ressorts in Transformationskabinett koordinieren

Staatliche Politik muss integrierte und wirksame Politikkonzepte entwickeln. Hierfür muss die Ressortkoordination umfassend gestärkt werden. Wir schlagen vor, das Klimakabinett zu einem Transformationskabinett mit weitreichenden Kompetenzen weiterzuentwickeln.

2. Kommissionen neu gestalten und mit Bürgerräten flankieren

Die Just Transition als gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe braucht neue Formen politischer Steuerung. Ansätze der „Ko-Kreation“ zwischen Staat und Gesellschaft etwa in Kommissionen müssen weg vom Kompromiss des kleinsten gemeinsamen Nenners hin zu zukunftsfähigen Politikkonzepten kommen. Bürgerräte sollten dies als wichtige „Interessenkorrektive“ eng begleiten. Wissenschaft sollte das gemeinsame Lernen mit Begleitforschung unterstützen.

3. Zivilgesellschaft als Impulsgeberin unterstützen

Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Umweltverbände – die entlang politischer Handlungsfelder fragmentierte Zivilgesellschaft muss handlungsfähiger für den sozial-ökologischen Wandel werden. Die vielfältigen Bottom-up-Aktivitäten aber auch der Aufbau von Kompetenzen und gemeinsamen Strukturen sollten unterstützt werden. Die Politik sollte finanzielle Förderung neujustieren und neue Kanäle für integrierte Impulse aus der Zivilgesellschaft auch jenseits traditioneller Ressorts etablieren.

Problem: Nachhaltigkeitspolitik erfordert neue Formen der Politikgestaltung

Lange wurde Nachhaltigkeit als ein Puzzle aus vielen Einzelteilen verstanden: Wenn nur alle in ihren jeweiligen Bereichen das Thema Nachhaltigkeit bestmöglich aufgreifen, entstünde im Gesamtbild eine nachhaltige Gesellschaft. Die vergangenen Jahre haben dieses Bild verändert: Mit zunehmendem Wissen darüber, wie weitreichend die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft in immer kleineren Zeitfenstern sein müssen, wurde der Ruf nach „integrierten“ Ansätzen in der Nachhaltigkeitspolitik lauter.

Ökologische und soziale Fragen können getrennt nicht erfolgreich bearbeitet werden, da:

- sich umweltpolitische Maßnahmen potenziell umfassend sozial auswirken, etwa über Verteilungswirkungen,
- umweltpolitische Ziele es erfordern, gesellschaftliche Strukturen etwa im Bereich der Mobilität, der Energie oder der Ernährung wesentlich um- und nezugestalten,
- bestimmte gesellschaftliche Gruppen, nachfolgende Generationen und Menschen in anderen Weltregionen bei unterlassener oder ungenügender Umweltpolitik besonders betroffen sein werden oder es durch den Status quo bereits sind,
- zentrale gesellschaftliche Problemlagen wie wachsende soziale und globale Ungleichheiten letztlich denselben wirtschaftlichen und politischen Systemen entspringen, wie die ökologischen Problemlagen von Klimawandel und Biodiversitätsverlust.

Die ökologische Frage ist damit eine soziale Frage, genauso wie andersherum.¹ Hier knüpft auch das Konzept der „Just Transition“² an, das insbesondere in den klimapolitischen Debatten der letzten Jahre immer prominenter geworden ist. In welchem Sinne hier Gerechtigkeit gefordert wird, variiert allerdings bislang je nach politischem Setting und Akteur³. Diese Unschärfe des Begriffs bietet zwar die Chance eines gemeinsamen Bezugspunktes für unterschiedliche Akteure und Interessen, birgt doch aber auch die Gefahr, von der Reichweite notwendiger Veränderungen abzulenken.

Um als politisches Leitbild handlungsrelevant zu werden, muss die Just Transition daher aus unserer Sicht auf folgenden Grundsätzen beruhen: Die politische Gestaltung von Nachhaltigkeitspolitik muss

- im Sinne der planetaren Grenzen, aber auch inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit, Maßnahmen ergreifen, die zur Einhaltung bereits vereinbarter Ziele erforderlich sind und
- anerkennen, dass sie mit sozialen Gerechtigkeitsfragen von demokratischer Teilhabe und Verteilung auch im Hier und Heute systemisch verknüpft ist.

Das langfristige Ziel von Nachhaltigkeitspolitik mit dem Ziel einer Just Transition muss daher sein, bestehende gesellschaftliche Systeme so zu verändern, dass sie aus ökologischer *und* sozialer Perspektive bessere Ergebnisse aufweisen. Trotz dieses gemeinsamen Ziels wird der Weg dorthin nicht ausschließlich von Win-Win-Maßnahmen geprägt sein: Was „gerecht“ ist – zumal aus unterschiedlichen Perspektiven – kann nicht einfach bestimmt werden. Ausgehend von einem System mit realen Spannungsfeldern – etwa die Tatsache, dass Wirtschaftswachstum ökologische Probleme vorantreibt, aber gleichzeitig Grundlage sozialer Sicherungssysteme ist – wird es zu Wechselwirkungen und Zielkonflikten kommen, die politisch und gesellschaftlich verhandelt werden müssen. Eine Just Transition zu gestalten, überschreitet daher die Möglichkeiten etablierter Formen politischer Steuerung und muss vielmehr als gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden.

Das langfristige Ziel von Nachhaltigkeitspolitik muss es sein, bestehende gesellschaftliche Systeme zu verändern.

Analyse: Bestehende Institutionen und Strukturen reichen nicht

Das Konzept der Just Transition wird seit einigen Jahren auch in Deutschland prominent diskutiert und wurde als „Maßstab der sozialen Dimensionen einer modernen Klimapolitik“ unter anderem von Bundesumweltministerin Svenja Schulze immer mehr zu einem politischen Leitbild deklariert.⁴ Erste politisch-institutionelle Ansätze wie die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohlekommission) können als entsprechende Ausgestaltungsversuche verstanden werden. In der Rückschau lässt sich jedoch feststellen, dass die notwendige „Übersetzung“ von einem Leitbild hin zu handlungsorientierten Strukturen und Prozessen bisher kaum gelungen ist und inter- und intragenerationale Gerechtigkeitsanliegen nicht ausreichend integriert wurden.

Kurz: Während zwar ein neues Bewusstsein für die Verknüpfung sozialer und ökologischer Fragen entstanden ist, fehlt es noch an wirksamen Strukturen sowie Politikkonzepten und -prozessen. In der aktuellen Debatte werden die sozial-ökologischen Zusammenhänge vielmehr häufig zu einem Ausgangspunkt dafür, einschränkend darauf zu verweisen, was in den bestehenden Strukturen politischer Aushandlung leistbar ist – und was eben nicht. Während das aufgezeigte Dilemma zwar auf ein reales Problem verweist, kann es kein legitimer Grund für unzureichendes

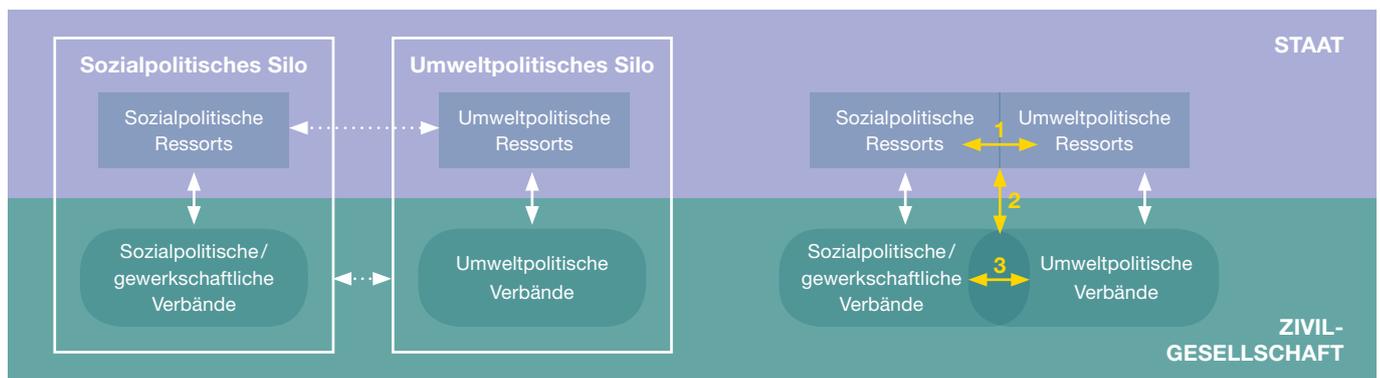
politisches Handeln sein. Vielmehr muss es als Anlass gesehen werden, den Fokus auf die zentrale Frage zu lenken: Welche „Updates“ demokratischer Strukturen braucht es, um im Sinne einer stärkeren **Integration** sozialer und ökologischer Perspektiven sowie einer neuen Qualität der **Ko-Kreation** zwischen Staat und Gesellschaft die Just Transition voranzubringen? Unsere Analyse zeigt, dass beide Aspekte bislang nur unzureichend in den bestehenden Strukturen politischer Aushandlung abgebildet sind (Abbildung 1):

- **Integration:** Da Probleme häufig getrennt voneinander in „Silos“ von Politikfeldern und Ressorts bearbeitet werden, bringen sie nicht ausreichend integrierte und weitreichende Handlungsansätze hervor. Es braucht verstärkt horizontale Beziehungsstrukturen zwischen sozial und ökologisch orientierten Akteuren auf den unterschiedlichen Ebenen.
- **Ko-Kreation:** Die politischen Silos spiegeln sich auch in den vertikalen Beziehungsstrukturen zwischen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Ebene. Diese sind zwar innerhalb von Politikfeldern gut etabliert, mit anderen Politikfeldern über die Ebenen hinweg allerdings kaum entwickelt.

Abbildung 1: Beziehungsstrukturen von Umwelt- und Sozialpolitik – Ausgangslage und Ziel

Ausgangslage: Starke vertikale Beziehungen in Silos, schwache oder diffuse horizontale Strukturen

Ziel: Auflösung von Silos sowie Stärkung horizontaler und Erweiterung vertikaler Austauschstrukturen



Quelle: Eigene Darstellung, IÖW 2021

Erforderliche Strukturupdates für eine Just Transition: **1.** Ressortübergreifender Austausch **2.** Ko-Kreative Strukturen **3.** Zivilgesellschaftliche Selbstverständigung

Drei institutionelle Handlungsfelder für integrierte Just-Transition-Politiken

Unsere Analyse rückt folgende drei Bereiche in den Fokus, in denen wir eine Weiterentwicklung für geboten halten:

Ressortübergreifender Austausch

Bei der Entwicklung der deutschen Nachhaltigkeits- und Klimapolitik wurden Strukturen geschaffen, die in einem politischen System, das bislang wesentlich durch das Ressortprinzip – also eigenständige und unabhängige Verwaltung der verschiedenen Geschäftsbereiche durch die Ministerien – geprägt ist, eine integrierte Perspektive sicherstellen sollen. Bislang lag es vor allem am Bundeskanzleramt, hierbei mit Blick auf die Nachhaltigkeitsstrategie eine koordinierende Funktion über die unterschiedlichen Ressorts einzunehmen. Der Erfolg dieser Integrationsversuche kann dabei rückblickend aufgrund seiner wenig konkreten Politikergebnisse durchaus kritisch beurteilt werden. Auch das zuletzt ins Leben gerufene „Klimakabinett“ kann als ressortübergreifender Integrationsversuch verstanden werden, ist allerdings vor dem Hintergrund der skizzierten Herausforderungen sowohl hinsichtlich der Reichweite der Integration als auch politischer Wirksamkeit kaum als hinreichend zu beurteilen. So liegt der Fokus ausschließlich auf Klima, die sozialpolitischen Ressorts sind nicht einbezogen.

Die aktuellen Diskussionen zielen darauf ab, dass die Machtbefugnisse einzelner Ministerien oder des Bundeskanzleramtes gestärkt werden sollen. Erforderlich ist allerdings, dass Silos überwunden und integrierte und kohärente Politiken entwickelt werden. Als organisationale Orientierung könnte dabei der italienische Ansatz dienen, in dem ein schlagkräftiges Ministerium für sozial-ökologische Transformationen gebildet wurde. Zugleich wird der Fokus auf Vernetzung- und Querschnittsorientierung gestärkt, indem unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten ein periodisch tagendes interministerielles Komitee für den ökologischen Übergang geschaffen wurde, das die Arbeit der Ministerien koordiniert.

Ko-Kreative Strukturen

In Bezug auf Beziehungsstrukturen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gab es in der Vergangenheit ebenfalls institutionelle Innovationen wie die Kohlekommission (2018) oder die Zukunftskommission Landwirtschaft (2021). Kommissionen können ein zentraler Ansatz für Ko-Kreation sein. Die Erfahrungen zeigen aber, dass die bisherigen Versuche die notwendige politische Aushandlung nur bedingt organisieren konnten. Zudem stellt sich die Frage, wie solche Kommissionen im Sinne breiter gesellschaftlicher Legitimität besetzt sein müssen und wie sichergestellt werden kann, dass Ergebnisse nicht hinter bereits politisch verankerten Zielpfaden zurückbleiben.

Strukturen der zivilgesellschaftlichen Selbstverständigung

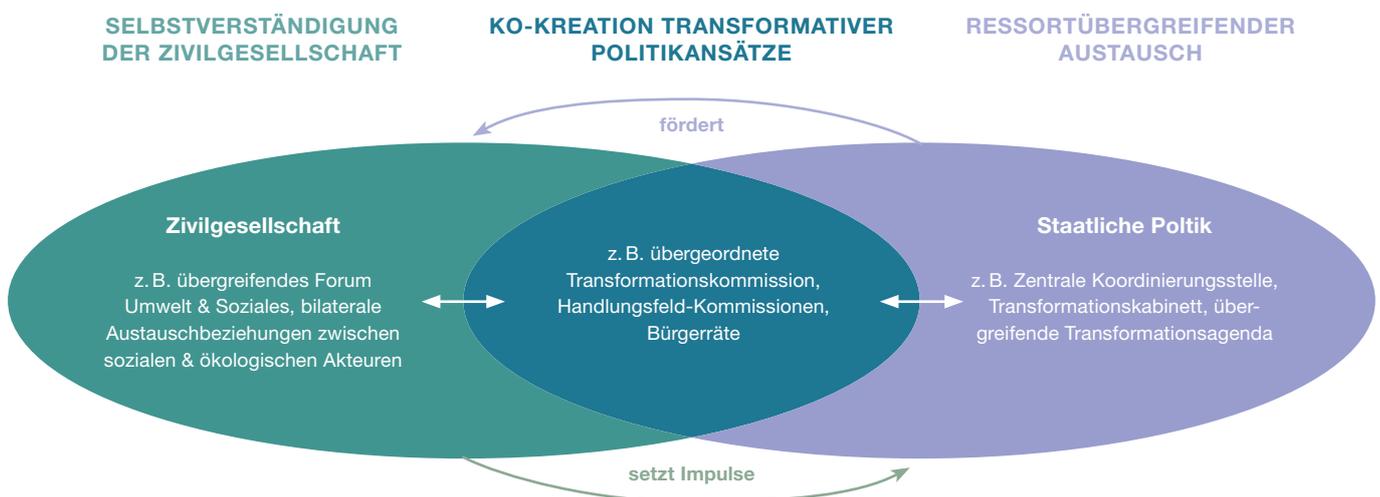
Eine Just Transition erfordert auch eine neue Qualität von sozial-ökologischen Austauschstrukturen auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Wo Konfliktlinien frühzeitig bearbeitet und gemeinsame Zukunftsperspektiven und Zielbilder entwickelt werden, können wichtige Impulse für politische Gestaltung entstehen, die wiederum auf die Räume der Ko-Kreation sowie Räume staatlicher Politik zurückwirken können. In der Vergangenheit gab es immer wieder Ansätze von sozialen und ökologischen Akteuren, Themen gemeinsam voranzubringen. Die Aktivitäten „verpufften“ jedoch meist ohne nennenswerte Folgewirkungen.⁵ Während sich zuletzt auch erste dauerhaftere Beziehungen zwischen einzelnen zivilgesellschaftlichen Verbänden entwickeln – etwa zwischen dem BUND und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband – und die Zahl an gemeinsamen Papieren, Auftritten und Kampagnen zunimmt, stecken die übergreifenden Austauschstrukturen insgesamt noch in den Kinderschuhen und bleiben fragil. Dies hat vielfältige Gründe, die mit den jeweils organisationspezifischen Logiken, fehlenden innerorganisationalen Kapazitäten wie Wissen oder Personal, aber auch mit vorgezeichneten Pfadabhängigkeiten zusammenhängen, wie sie durch die etablierten Einflusskanäle geprägt werden.

In der Zivilgesellschaft braucht es eine neue Qualität von Austauschstrukturen zu sozial-ökologischen Herausforderungen.

Empfehlung: Eine institutionelle Architektur für die Just Transition

Unsere Analyse hat gezeigt, dass ein „Update“ der institutionellen Strukturen erforderlich ist, um das Leitbild einer Just Transition in die politische Praxis zu übersetzen. Wo sich in den Möglichkeiten etablierter politischer Steuerung hinsichtlich einer Just Transition schnell klare Grenzen auf tun, geht es darum, notwendige Rahmenbedingungen zu setzen, neue Beziehungsstrukturen zu fördern und wo sinnvoll auch zu institutionalisieren. Eine neue Gesamtarchitektur muss die unterschiedlichen Beziehungsebenen stärken und sinnvoll miteinander verbinden. Hierauf zielen unsere Empfehlungen, die als Gestaltungsanstöße für politische Entscheidungsträger/innen dienen sollen.

Abbildung 2: Institutionelle Struktur für die politische Gestaltung einer Just Transition



Quelle: Eigene Darstellung, IÖW 2021, in Anlehnung an Sharp et al. (2020)⁶

1. RESSORTÜBERGREIFENDE STRUKTUREN NEU VERANKERN

Es sollte eine **zentrale Koordinierungsstelle** aufgebaut werden, die die ressortübergreifende Kohärenz einer Just Transition sicherstellt und damit auch als zentraler Adressat für integrierte, sozial-ökologische Impulse aus der Zivilgesellschaft fungieren kann. Die Erfahrungen zeigen, dass das Bundeskanzleramt diese Rolle bislang nur mit bedingtem Erfolg ausgeübt hat. Es ist daher unbedingt notwendig, dass das Bundeskanzleramt in Zukunft weitaus proaktiver und im Einklang mit den formulierten Zielen strategisch agiert. Zusätzlich schlagen wir die Überführung des Klimakabinetts in ein **Transformationskabinett** vor, sowohl mit einem angepassten inhaltlichen Fokus als auch der Vertretung der sozialen Dimension.

Dieses sollte neben der klaren Verpflichtung zur Umsetzung einer Just Transition auch mit spezifischen Kompetenzen zur Ressortkoordinierung ausgestattet sein. Seine Aufgabe sollte es sein, die unterschiedlichen politischen Strategien wie den Klimaschutzplan 2050, die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt in einer **übergreifenden Transformationsagenda** zu integrieren und mit entsprechenden Strategien und Maßnahmenvorschlägen zu hinterlegen. Hierbei wird es zentral sein – und so ist auch die deutliche Warnung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz zu verstehen – dass **wirkungsvolle Maßnahmen** im Sinne politisch bereits verankerter Ziele beschlossen werden.

2. NEUE WEGE DER KO-KREATION VON POLITIKKONZEPTEN DURCH KOMMISSIONEN BESCHREITEN

Neben den ressortübergreifenden Strukturen sollten auch die Räume der Ko-Kreation weiterentwickelt werden. Kommissionen können hierbei eine wichtige Rolle spielen, wenn es gelingt, einen neuen Modus der Kommissionsarbeit zu etablieren. Im Fokus sollten gemeinsame Such- und Lernprozesse stehen, die in Anbetracht realer Zielkonflikte auch bislang neue Handlungsoptionen hervorbringen müssen. Kurz: Es muss um die positive Gestaltung von Prozessen gehen, deren Ziele aus Erwägungen von Zukunftsfähigkeit und Gerechtigkeit auf jeden Fall erreicht werden müssen. Hierfür sollten die etablierten zivilgesellschaftlichen Interessenvertreter/innen, aber auch Vertreter/innen junger Generationen sowie anderer stark betroffener Gruppen und Stellvertreter/innen künftiger Generationen einbezogen werden. Die Kommissionen sollten als Denk- und Diskursräume dialogorientiert und offen arbeiten, aber stets entscheidungsvorbereitend mit Blick auf konkrete politische Gestaltung und Maßnahmen. Um die notwendigen Lernprozesse zu unterstützen, sollte die Wissenschaft nicht nur als „Faktengeber“ und Korrektiv, sondern auch im Sinne von Begleitforschung zu den Kommissionen eine zentrale Rolle spielen. Bürgergremien sollten die Kommissionen begleiten und als notwendiges Korrektiv zu den stärker von Interessen geprägten Aushandlungen innerhalb von Kommissionen fungieren. Hier kann an Versuchen wie dem hohen Klimarat in Frankreich oder den irischen Bürgergremien angeknüpft werden. Diese Formate haben das Potenzial offenbart, zukunftsfähige Handlungsansätze zu entwickeln, ohne dass dabei Bürger/innen konkrete (Eigen-)Interessen vertreten.

3. AUFBAU ZIVILGESELLSCHAFTLICHER KAPAZITÄTEN FÜR NEUE IMPULSE UNTERSTÜTZEN

Die Stärkung des Austauschs in der Zivilgesellschaft zu sozial-ökologischen Fragen ist wesentlich, um eine integrierte Politikgestaltung für eine Just Transition zu ermöglichen. Die vielfältigen Bottom-up-Aktivitäten sollten gestärkt und weiterentwickelt werden, insbesondere durch eine längerfristig angelegte Projektförderung für die Zusammenarbeit von Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften. Zusätzlich erforderlich sind auch hier neue Strukturen, innerhalb derer die Selbstverständigung zwischen unterschiedlichen Akteuren langfristig verstetigt werden kann, etwa in einem **Forum Umwelt & Soziales**. Gleichzeitig müssen die zivilgesellschaftlichen Organisationen erst in diesem Sinne handlungsfähig werden. Dies gilt auch für die notwendige Beteiligung an politischer Ko-Kreation. Um auch jenseits traditioneller Forderungen und Anliegen umwelt- bzw. sozialpolitische Sprach- und Handlungsfähigkeit herzustellen, müssen notwendige Prozesse des sozial-ökologischen **Kapazitätsaufbaus** der zivilgesellschaftlichen Organisationen staatlich unterstützt werden. Dies kann erfolgen durch:

- **Finanzielle Förderung:** Bestehende Förderinstrumente sollten darauf angepasst werden, die zivilgesellschaftlichen Akteure bei der Entwicklung sozial-ökologischer Perspektiven zu stärken und konkrete kooperative Projekte zu fördern. Interne Strategieprozesse sollten unterstützt werden, ebenso wie der Aufbau von Personal sowie die gezielte Anbahnung von Beziehungen zwischen sozial und ökologisch orientierten Organisationen. Die Förderung sollte hierbei nicht nur projektbasiert sein, sondern vor allem langfristig den Kapazitätsaufbau unterstützen.
- **Neue Gesprächskanäle:** Die bisherige Ressortlogik und damit verbundene etablierte Einflusskanäle erschweren es den zivilgesellschaftlichen Akteuren bislang, integrierte Ansätze in politische Entscheidungsprozesse einzuspeisen. Die vorgeschlagene Neu- bzw. Umgestaltung von Strukturen auf anderen Ebenen (siehe Empfehlungen 1 und 2) kann hierbei nicht nur die Restrukturierung der zivilgesellschaftlichen Landschaft selbst befördern, sondern eröffnet auch notwendige neue Kommunikationskanäle.



Literaturempfehlungen zum Thema

Petschow, Ulrich; Sharp, Helen; Rioussset, Pauline; Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena; Kalt, Giulia; Schipperges, Michael; Arlt, Hans-Jürgen (i. E.): Potenziale, Hemmnisse und Perspektiven neuer Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. Umwelt-, gewerkschafts- und sozialpolitische Akteure im Spannungsfeld unterschiedlicher Kontexte, Logiken und Zukunftsvorstellungen. Abschlussbericht, UBA-Texte. Dessau: Umweltbundesamt.

Petschow, Ulrich; Rioussset, Pauline; Sharp, Helen; Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena (i. E.): Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik. Systematisierung der sozialen Dimensionen von Umweltpolitik. Zwischenbericht, UBA-Texte. Dessau: Umweltbundesamt.

Sharp, Helen; Petschow, Ulrich; Arlt, Hans-Jürgen; Jacob, Klaus; Kalt, Giulia; Schipperges, Michael (2020): Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. Broschüre. Dessau: Umweltbundesamt. www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation

Referenzen

¹ Petschow, Ulrich; Rioussset, Pauline; Sharp, Helen; Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena (i. E.): siehe Literaturempfehlungen oben

² Heffron, Raphael J.; Darren McCauley (2018): What Is the 'Just Transition'? Geoforum 88: 74–77.

³ Stevis, Dimitris; Felli, Romain (2020): Planetary Just Transition? How Inclusive and How Just? Earth System Governance 6: 100065.

⁴ Schulze, Svenja (2018): Just Transition – Unser Weg zu einer sozial-gerechten Umsetzung des Parisabkommens. Rede anlässlich der bevorstehenden 24. UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice vom 29.11.2018. www.bmu.de/rede/rede-von-svenja-schulze-anlaesslich-der-bevorstehenden-24-un-klimakonferenz-im-polnischen-katowice

⁵ Petschow, Ulrich; Rioussset, Pauline; Sharp, Helen; Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena; Schipperges, Michael; Arlt, Hans-Jürgen (2019): Identifizierung neuer gesellschaftspolitischer Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik. Hypothesen zum Verhältnis von Umwelt- und Sozialpolitik – eine erste Bestandsaufnahme. Zwischenbericht, UBA-Texte 143/2019. Dessau: Umweltbundesamt. www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-12-02_texte_143-2019_buendnispartner_kooperationsstrategien_hypothesen.pdf

⁶ Sharp, Helen et al. (2020): siehe Literaturempfehlungen oben

Danke

Vertreterinnen und Vertreter folgender Verbände haben in einem Workshop beziehungsweise per schriftlicher Stellungnahmen auf den ersten Entwurf dieses Papiers reagiert: → Arbeiterwohlfahrt (AWO) → Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) → Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) → Deutscher Naturschutzring (DNR) → Diakonie → Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) → Naturschutzbund Deutschland (NABU) → Sozialverband Deutschland (SoVD) → Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

Auf dieser Basis haben wir diese IÖW-Impulse weiterentwickelt. Gleichwohl tragen die Autorin und der Autor die alleinige Verantwortung für die Inhalte des Papiers.



AUTORIN/AUTOR & KONTAKT



Helen Sharp, helen.sharp@ioew.de, Telefon: +49 30 884594-65

Ulrich Petschow, ulrich.petschow@ioew.de, Telefon: +49 30 884594-23

REDAKTION

Richard Harnisch
kommunikation@ioew.de

FÖRDERHINWEIS

Dieses IÖW-Impulse entstand im Projekt 'New societal alliances for just transition pathways in Germany', gefördert von Open Society Foundations, Berlin.

HERAUSGEBER

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH (gemeinnützig)

Potsdamer Str. 105 | D-10785 Berlin

+49-(0)30 - 884 59 4-0 | mailbox@ioew.de

Wissenschaftlicher Geschäftsführer: Thomas Korbun

Kaufmännische Geschäftsführerin: Marion Wiegand

Berlin, September 2021

 @ioew_de

→ www.ioew.de

